

(Abgeordneter Dr. Böhm.)

- (A) Zigarettenindustrie an den Beziehungen zu Bulgarien als dem hauptsächlich Tabak ausführenden Lande hat. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß allein in Dresden nach meiner Kenntnis 85 Prozent des deutschen Zigarettentabakhandels den Sitz hat und mit nicht viel weniger die Zigarettenindustrie beteiligt ist. Nach Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, soll Dresden allein mit seiner Zigarettenindustrie im letzten Jahre 200 Millionen Mark Steuern gezahlt haben. Aus dieser Ziffer können Sie entnehmen, daß in Dresden allein in der Zigarettenindustrie jährlich Milliardenwerte umgesetzt werden. Das genügt, um der königlichen Staatsregierung nahe-zulegen, die wirtschaftliche Vertretung in Sofia auszubauen. Wir bedauern aber, wie ich schon sagte, daß der wirtschaftliche Ausbau nicht auch nach anderer Richtung vorgenommen worden ist. Wir stehen mit unserer Auffassung da noch etwas allein, da auch die Mitte des Hauses, die ja sonst die industriellen Interessen unterstützt, hier eine abweichende Auffassung hat. Der Herr Redner der nationalliberalen Fraktion, Herr Abgeordneter Hettner, hat hier grundsätzlich dargelegt, daß er die wirtschaftlichen Interessen Sachsens vertritt, er hat aber gewisse Bedenken gegen diesen Ausbau vorgebracht, die auch auf unserer Seite als beachtlich erscheinen müssen, zu denen wir auch deshalb Stellung nehmen wollen.
- (B)

Der Hauptgedanke, der ihm vorschwebte, war das Bedenken, daß der Reichsgedanke unter dem Ausbau unserer Vertretung im Reichsausland leiden könne. Ich habe schon früher bei der Begründung des Antrages und in der Diskussion, die sich an diesen Antrag angeschlossen, versucht, diese Bedenken zu zerstreuen; ich will heute nochmals kurz darauf zurückkommen. Den Reichsgedanken halten wir als Konservative genau so hoch wie Sie in der Mitte, und wir würden jedem Bedenken nachgehen, das uns etwa dahin führen müßte, eine Gefährdung des Reichsgedankens in dem, was angestrebt wird, anzunehmen. Uns scheint das nirgends der Fall zu sein. Die Reichspolitik beschäftigt sich mit den großen nationalen und wirtschaftlichen Fragen, soweit diese das ganze Reich angehen, in der Hauptsache in den Handelsverträgen. Es ist bei der Fülle der Arbeit für den Reichsgesandten nach unserer Überzeugung gar nicht möglich, daß er sich der Einzelinteressen eines Bundesstaates so annehmen kann, wie der einzelne Gesandte. Es ist aber auch eine Kollision nach unserer Auffassung gar nicht denkbar; denn der wirtschaftliche Ausbau — und nur den, das führte ich am Be-

ginn meiner Darlegungen aus, haben wir im Auge — wird lediglich zugute kommen unserer sächsischen Wirtschaft.

Ich bitte, in diesem Zusammenhange eines zu bedenken. Der Reichsgesandte ist in jedem Falle auch preußischer Gesandter, also Preußen hat im Reichsausland die Vertretung, auf die wir erst hinarbeiten; dann müßte das, was Sie als Bedenken gegen unsere Planung darlegen, insofern schon vorhanden sein, als der preußische Gesandte insofern in Konflikt mit seinem Charakter als Reichsgesandter kommen könnte. Wenn Sie ein Bedenken haben, so wäre höchstens das berechtigt, daß er in Konflikt kommt, wenn er preußische wirtschaftliche Interessen als preußischer Gesandter zu vertreten hat und wir von ihm wünschen, daß er sächsische Interessen, die vielleicht entgegenlaufen, als Reichsgesandter für uns vertreten soll. Dort ist ein Konflikt immerhin möglich. Ich glaube es aber nicht. Wir haben bisher in der Praxis solche Konflikte noch nicht beobachtet, und ich stehe überhaupt auf dem Standpunkt, daß das auf wirtschaftlichem Gebiete ausgeschlossen erscheint. Aber wir sehen, daß jeder Reichsgesandte auch preußischer Gesandter ist und insoledessen verpflichtet ist, als preußischer Gesandter die wirtschaftlichen Interessen Preußens zu fördern. Diese Tatsache muß uns doch nahelegen, daß wir dort, wo wir wichtige sächsische Interessen zu schützen und zu vertreten haben, uns dieses Schutzes selbst annehmen und selbständige Gesandtschaften errichten. Ein Konflikt ist, wie ich schon sagte, in allewege nicht gegeben.

Nun ist ja gesagt worden, man könnte die Interessenvertretung Sachsens vielleicht in der Weise vornehmen, daß man den Reichsgesandtschaften sächsische wirtschaftliche Attachés beigebe. Die Regierung hat schon darauf hingewiesen, daß das in der Theorie zwar durchführbar erscheine, daß es aber wahrscheinlich nicht durchgeführt werden könne, weil wir wenig Gegenliebe bei der Reichsregierung finden würden und weil, selbst wenn wir Gegenliebe finden würden, der betreffende wirtschaftliche Attaché immer in eine unbequeme, unklare Lage kommen wird, weil er Reichsbeamter, vom Reich besoldeter Beamter ist, der lediglich Instruktion vom Reichsgesandten zu erhalten hat. Diese Zwitterstellung können wir auch dem betreffenden Herrn nicht zumuten, wir glauben auch nicht, daß dabei etwas herauskommen wird, und möchten doch bitten, diesen Gedanken aufzugeben. Wir hatten erwartet, daß die Gesandtschaften, wie ich schon sagte, im Auslande auch an verschiedenen ande-